

Antrag Nr. 23-F-69-0049

CDU, FDP, BLW/ULW/BIG

Betreff:

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Bewohnerparken - Auswirkungen auf Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2023 -

Antragstext:

In einem beachtenswerten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird die Regelung des Bewohnerparkens in der Stadt Freiburg für unwirksam erklärt. In seinem Urteil kommt das Gericht zu dem Ergebnis, dass es statt einer Satzung einer Rechtsverordnung bedurft hätte. Auch Ermäßigungen aus sozialen Gründen sowie unterschiedliche Gebühren für verschieden große Pkws sind unzulässig, da beides nach dem Willen des Bundesgesetzgebers nicht vorgesehen ist.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Auswirkungen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Freiburger Bewohnerparken für die Wiesbadener Bewohnerparkregelungen hat (insbesondere auf die angedachten Erhöhungen für größere oder schwere Pkws und Ermäßigungen aus sozialen Gründen);
2. zu berichten, ob und welche Auswirkungen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für das vergünstigte ÖPNV-Ticket für Kinder und Jugendliche hat, welches durch die Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren finanziert wird;
3. zu berichten, ob eine weitere Erhöhung der Gebühren für das Bewohnerparken zu erwarten ist;
4. zu berichten, ob gegen die neuen Wiesbadener Bewohnerparkregelungen Rechtsmittelverfahren bzw. Klageverfahren anhängig sind, wenn ja, wie viele und ob es darüber bereits eine Entscheidung gibt;
5. zu berichten, ob bereits erteilte Ausnahmegenehmigungen für Gewerbetreibende und Freiberufler, Auszubildende mit Nebenwohnsitz oder betreuende Pflegepersonen, unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts, als rechtswidrig einzuschätzen sind;
6. zu berichten, ob der unter BSP 5 genannte Personenkreis nun sowohl mit höheren Gebühren und sogar mit Nachzahlung rechnen muss.

Wiesbaden, 21.06.2023

Marc Dahlen
Mobilitätspolitischer Sprecher
(CDU-Fraktion)

Daniel Velle
Fraktionsreferent
(CDU-Fraktion)

Antrag Nr. 23-F-69-0049
CDU, FDP, BLW/ULW/BIG

Sylvia Schob
Stadtverordnete
(FDP-Fraktion)

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
(FDP-Fraktion)

Renate Kienast-Dittrich
Fraktionsvorsitzende
(BLW/ULW/BIG-Fraktion)

Veit Wilhelmy
Stadtverordneter
(BLW/ULW/BIG-Fraktion)

Faissal Wardak
Stadtverordneter
(BLW/ULW/BIG-Fraktion)